

Wilsdruffer Tageblatt

Fernsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Dresden 2640

Interimistisch täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag, Bezugspreis bei Bestellungen monatlich 3 Mk., durch unsere Ausdrucker zugetragen in der Stadt monatlich 3,50 Mk., auf dem Lande 5,65 Mk., durch die Post bezogen hierüberlich 11,25 Mk. mit Zustellungsgebühr. Alle Postanfragen und Postbestellungen sowie unsere Ausdrucker und Geschäftsstellen nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Gewalt, Krieg oder sonstiger Verhältnisse hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Lieferung der Zeitung oder Rückgabe des Bezugspreises.



Interimistisch 1,50 Mk. für die 6 getragenen Anzeigen oder deren Raum, Restanten, die 2 tägliche Anzeigen 3,50 Mk. Die Wiederholung und Jahresschluss entwerdender Preisverhältnisse. Bestellungen im amtlichen Zell für den Bezugspreis die 2 getragenen Anzeigen 4,50 Mk. Nachbestellungs-Gebühr 50 Pfg. Anzeigenannahme bis vormittags 10 Uhr. Für die Nichterfüllung der durch Fernruf übermittelten Bestellungen übernimmt die Wilsdruffer Zeitung keine Haftung. Jeder Anspruch erlischt, wenn der Betrag durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät.

Erscheint seit

dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts zu Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Charandt und des Finanzamts Rössen.

Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Päßig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 274

Donnerstag den 24. November 1921.

80. Jahrgang.

Ämtlicher Teil.

Der Stadt Wilsdruff ist vom Ministerium des Innern, Landeswohnungsamt, aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge eine beschränkte Summe zur Verfügung gestellt worden, die die Stadt Wilsdruff zu Zuschüssen verwenden soll für Arbeiten, bei denen Erwerbslose Beschäftigung finden. Es kommen dabei in Frage alle Arbeiten, die zur Instandhaltung und Ausbesserung von Wohngebäuden und deren Nebengebäuden erforderlich sind. Alle Hausbesitzer, die sich für Bewilligung eines derartigen Zuschusses interessieren, wollen binnen 4 Wochen hier schriftlich darum nachsuchen und genaue Angaben über die geplanten Arbeiten, deren Zweck und Höhe der Kosten — getrennt nach Arbeitslöhnen und Materialpreisen — hier einreichen. Die näheren Bestimmungen werden, ebenso wie auch jede gewünschte andere Auskunft, während der Amtszeit im Zimmer 10 des Verwaltungsgebäudes mitgeteilt.

Wilsdruff, am 21. November 1921.

800

Der Stadtrat.

Krüppel-, Mütter- und Tuberkulosenberatungsstelle.

Nächste Sprechstunde Freitag den 25. November 1921 nachmittags 5 Uhr im Sprechzimmer des Herrn Sanitätsrat Dr. Varrich, Wilsdruff, am 22. November 1921.

795

Der Stadtrat.

Kleine Anzeigen

haben im „Wilsdruffer Tageblatt“, das einen weilverzweigten u. kaufkräftigen Leserkreis besitzt, große Wirkung

Kleine Zeitung für eilige Leser.

* Reichskanzler Dr. Wirth gab im Senatsausschuß Aufklärung über die Kreditation und die Verhandlungen mit der Reparationskommission.

* Im Preussischen Landtage debattierte die Sitzung, die sich mit den kommunalistischen Anträgen zum Hungerstreik in Lich-tenburg beschäftigte, bis nachts drei Uhr aus.

* In Berlin sind strenge Polizeimaßnahmen gegen die in den letzten Tagen überhandnehmenden Plünderungen von Geschäften getroffen worden. Demonstrationsumzüge sind verboten.

* Die Washingtoner Konferenz soll mit der Gründung einer „Groß-Entente“ abgeschlossen werden, welche die später auftretenden Fragen gemeinsam regeln würde.

* Briand hielt in Washington eine Rede, in der er behauptete, Frankreich könne sein Heer nicht vermindern wegen der „Bedrohung“ durch Deutschland.

„Landgraf, werde hart!“

Während die ganze verantwortliche Führung des Reiches mit Ausdeutung aller Kräfte bemüht ist, das in allen Zügen tragende deutsche Reichsschiff über Wasser zu halten, beginnen sich im Innern die Bande frommer Scheu mehr und mehr zu lösen. In der Reichshauptstadt gehören Plünderungen von Lebensmittelgeschäften, Kleiderläden und Stiefelwarenhäusern schon zu den Alltagslichkeiten. Der großstädtische Böbel erhebt mit jedem Tage mutiger sein Haupt, hinter den Kulissen ange-spornt durch dunkle Antriebe, die sich der Verantwortung für ihre Hegeleben immer wieder rechtzeitig zu entziehen wissen, um jeden Abend neue Schlachtpläne für den kommenden Tag zu entwerfen. Ohne daß man es schwarz auf weiß zu beweisen vermag, sind viele Leute fest davon überzeugt, daß zwischen diesen Kreisen und den kommunalistischen Putschführern geheime Fäden hin und her laufen, daß rabiate Elemente jetzt um jeden Preis einen neuen Aufstand ins Werk setzen wollen.

Die Situation, so meinen sie, ist diesen Plänen günstig und darf deshalb unter keinen Umständen veräußert werden. Die Mehrheitssozialisten sind soeben in Preußen eine Koalitionsregierung mit der Deutschen Volkspartei eingegangen, ohne daß es ihr gelungen wäre, ihre Anhänger-schaft im Lande auf die Notwendigkeit eines solchen Parteizusammenschlusses genügend vorzubereiten. Die Unabhängigen in Preußen haben ihr deshalb scharfe Fehde angelagt, und die Kommunisten wären nicht, was sie sind, wenn sie nicht an diesem Punkte sofort mit aller Kraft ihre volle Minderarbeit ansetzen. Wichtiger ist noch, daß die Forderung aller wichtigen Lebensmittel nachgerade jedes erträgliche Maß überschritten hat. Man mag noch so sehr bereit sein, alle Gründe gelten zu lassen, die diese Preise immer weiter nach oben treiben — die Anarchie der Waren, die Entwertung der Mark, die Sucht des Volkes, sich auf möglichst lange Zeit einzudecken — so bleibt dennoch mehr als ein Keß zu tragen peinlich. Denn wir sind leider alle Tage Zeugen von so plötzlichen, so un-mäßigen, so willkürlichen Preissteigerungen, daß man sich unmöglich mit der Erklärung abfinden kann, hier seien elementare Gewalt an Werk, denen keine menschliche Kraft beizukommen vermöge. Im Gegenteil, über das Maß des Notwendigen hinaus schiebt der Wucherer immer üppiger, immer schamloser ins Kraut, und wenn man ehrlich sein will, muß man gestehen, daß wohl kaum noch ein Stand von dieser schweren Verschuldung am Volkswohl sich frei zu halten weiß. Mit der unausgesetzten Vermehrung unserer Papiergeldfluten hält eine wachsende Geringschätzung des Geldwertes Schritt, zum mindesten in denjenigen Kreisen des Volkes, die über Mangel an Geldbesitz wahrhaftig nicht zu klagen haben. Sie können sich in die Lage der Volksschichten, die auf feste Einnahmen angewiesen sind, und gar erst derjenigen, die nur über geringe Rentenbezüge verfügen, nicht hineinversetzen, und haben in der Unwissenheit des Gebarens, das ihnen mehr und mehr zur Selbstverständlichkeit wurde, nachgerade jedes Gefühl für ihre Mitverantwortung an dem Gesamtschicksal der Nation verloren. Und die Regierung, deren Aufgabe es sein müßte, das Gleichgewicht der Kräfte im Volkswesen einigermaßen zu wahren oder wieder herzustellen, ist viel zu wenig geübt, diesem Wirbelwinde un-

gezügelt entgegenzutreten, als daß sie ernstlich versuchen könnte, noch retten zu wollen, was vielleicht zu retten ist. Papierverordnungen wirtschaftlicher und polizei-technischer Art können das Leben, wie es sich im Gefolge von Krieg und Revolution unter uns gestaltet hat, nicht mehr meistern. Wir treiben dahin zwischen Übergreifen auf der einen, Fehlgreifen auf der andern Seite, und die Rot des Volkes steigt immer höher.

So finden alle diejenigen, die an dieser wirtschaftlichen Not der Gegenwart ihr Parteilächeln suchen oder gar ihre gemeinen Raubinstinkte befriedigen wollen, einen wohl vorbereiteten Boden. Sie treten denn auch auf mit dem Selbstgefühl von Männern, die sich kaum, daß sie nur zu wollen brauchen, um jedes Ziel, das sie sich stecken, allen Staatsgewalten zum Trotz, zu erreichen. Jedes Unheil, das geschieht, das sie sogar selbst in Szene setzen, muß ihnen zum Beile gereichen — und wenn sie sich dabei mit dem Teufel und seiner Großmutter verbünden müßten. Die Staatsgewalt muß ihnen gehorchen wie die Finger passen, muß das Gefindel, das sie auf die Straßen bringen, in seine Schutzhäuser wieder zurückzuführen, wenn wir nicht heute oder morgen schon im Unheil versinken wollen. Aber damit allein ist nichts oder doch nur herzlich wenig getan. Die Gemeinheit der Plünderer wird, wenn es so bleibt, sehr bald von der stillen Empörung auch der ruhigsten Bürger abgelöst werden, der gegenüber keine äußerliche Gewalt etwas wird ausrichten können. Revidieren heißt vorfragen und fürfragen. Die Männer müssen sich der Worte erinnern „Landgraf, werde hart!“, mit denen Ludwig der Eiserne von Thüringen zur Aufgabe seiner Nachsicht gegen die Bedrücker des Volkes ermahnt wurde, dürfen ebensowenig die Wucherer, die am Mark des deutschen Volkes saugen, gewähren lassen, wie die Un-rubekister und Plünderer.

Das Kreditproblem.

Der Kanzler für langfristige Anleihen.

Reichskanzler Dr. Wirth hat im Senatsausschuß des Reichstages über die augenblicklich im Vordergrund der politischen Erörterung stehenden Frage der Kreditation und über die damit zusammenhängenden Verhandlungen mit der Reparationskommission in einer großen Rede erschöpfend Aufschluß gegeben. Er stellte zunächst fest, daß die Besprechungen mit der Reparationskommission für uns eine Enttäuschung bedeuteten, denn diese habe sich im wesentlichen über die Sicherheiten unterrichten wollen, die für unsere nächsten Zahlungen vorhanden sind, habe aber keineswegs das Problem der Reparationszahlungen überhaupt untersucht, auch sei die Frage eines Moratoriums nicht behandelt worden. Mit außerordentlichem Interesse dagegen habe sie sich mit der Kreditation der deutschen Industrie befaßt, die den Kern der Beratungen gebildet und bei den Ententevertretern große Hoffnungen erweckt habe. Umso mehr seien die Ententevertreter darüber ver-türmt gewesen, daß im Augenblick noch keine positive Mit-teilung über diese Kredithilfe möglich war.

Die Bedingungen der deutschen Industrie für die Kreditation könne man keineswegs mit der Bemerkung ab-tun, daß es sich um politische Unmöglichkeiten handele, auf die man nicht eingehen kann. Die Industrie habe übrigens in dieser Frage nicht für sich allein gearbeitet, sondern auch die Regierung habe besonders in England sondiert, wie sich der Weltmarkt zur Frage eines langfristigen Kredites verhalten würde. Zu einem Abschluß sind diese Bemühungen noch nicht gelangt. Der Kanzler bedauerlich besonders, daß in der ganzen Erörterung der Kreditfrage der Kern der Sache, nämlich die Bereitwilligkeit zur Devisenbeschaf-fung, hinter den daran geknüpften Bedingungen stark zu-rückgetreten ist, wodurch vor allem bei der Reparations-kommission Verwirrung und Enttäuschung hervorgerufen wurde. Weiter wies der Kanzler darauf hin, daß eine langfristige Kreditation vor dem Abschluß der Washing-toner Konferenz nicht durchgeführt werden kann. Wenn aber in Washington eine gewisse Klärung möglich wäre,

dann würde er dem ganzen Unternehmen mit einer ge-wissen Zuversicht entgegensehen.

Die bisher eingegangenen kurzfristigen Kredite seien eine absolute Notwendigkeit gewesen, für die Zukunft aber würde angesichts unserer Finanzlage ein neuer kurzfristiger Kredit völlig zerstörend wirken, sodaß man diesen Weg keinesfalls wieder beschreiten könne. Ein neuer Kredit müßte in Anbetracht des Valutastandes einen so langen Zeitraum umfassen, daß die deutsche Industrie auch in die Lage kommt, ihn wieder rechtzeitig abzudecken. Die In-dustrie sei durchaus entschlossen, das Problem der Kredit-ation auf lange Sicht ernsthaft weiter zu fördern, und sie will durch geeignete Unterhändler feststellen lassen, ob und zu welchen Bedingungen eine solche Anleihe abgeschlossen werden kann. Regierung und Industrie würden an dieser Aufgabe gemeinsam arbeiten, obwohl die Industrie ihre bisher aufgestellten Bedingungen nicht fallen gelassen habe. Der Kanzler erklärte jedoch, daß er die in den Bedingun-gen der Industrie enthaltenen Probleme nicht mit der Kreditation selbst verbinden könne, und die Regierung würde ihren eigenen Weg gehen müssen, wenn die In-dustrie nicht folgen sollte. Er nehme jedoch an, daß die Industrie neben der Regierung marschieren werde, und daß man den Weg eines Kredites beschreiten könnte, der zum mindesten eine ökonomische Grundlage gewähr-leiste.

Zu der Debatte.

Die sich an die Rede des Kanzlers angeschlossen, wurden noch sehr bemerkenswerte Feststellungen gemacht. Der unabhängige So-zialdemokrat Herz wünschte, daß die Regierung die zahl-reichen deutschen Privatguthaben im Auslande er-fasse und widerprüch den Ausführungen des Abg. Heil-se-ri ch (Deutschmet.), daß das gesamte aktive Kapital des ganzen Reiches nur auf 4 Milliarden Goldmark zu bemessen sei. Abg. Dr. Hugo (D. V. P.) betonte, daß die Ausfuhr jetzt nicht in dem Verhältnis stehe wie bei sonstigen Rückgängen des Markturtes. Der Mangel an Arbeitslosigkeit in Deutsch-land sei eine Folge des Ausverkaufs im Inlande und nicht so sehr der Fabrikation für den Export. Die deutsche Wirtschaft sei nach außen hin keineswegs so konkurrenzfähig, wie es den Anschein habe. Bei plötzlicher Hinausführung des Markturtes wäre das Ausland mit Leichtigkeit in der Lage, die deutsche Konkurrenz durch Verwertung stillzuliegen.

Reichskanzler Dr. Wirth

nachmals das Wort und warnte davor, eine Katastrophe von heute auf morgen anzukündigen und die Frage der Reparation auf die Spitze zu treiben. Ein Mitglied der Reparationskommission habe erklärt, es müsse ein leichtes sein für die deutsche Industrie, durch ihr Guthaben im Auslande den fraglichen Betrag von 500 bis 600 Millionen Mark sofort zu entrichten. Der Kanzler habe demgegen-über auf die Schwierigkeiten hingewiesen, diese Guthaben festzustellen. Die Kreditation habe eine ungeheure politi-sche Bedeutung. Nur ein deutlich sichtbares Opfer könne zur Verhütung der innerpolitischen Lage beitragen. Die Industrie sei dieser Anregung entgegengekommen.

Die Reise Stinnes' nach London

Die Reise einer Privatperson, auf die die Reichsregie-rung natürlich keinen Einfluß habe. Allerdings habe Stin-nes der Reichsregierung von seiner Reise vorher Mit-teilung gemacht. Die Fühlungnahme führender Kreise mit dem Auslande sei sehr zu begrüßen, und er wünsche, daß immer weitere Kreise des deutschen Wirt-schaftslebens, insbesondere auch die Gewerkschaftsführer, Bank- und Wirtschaftskreise hierzu Gelegenheit nehmen. Um die Erhöhung gewisser indirekter Steuern werde man nicht herankommen. Der Kanzler sprach schließlich die Hoffnung aus, daß der große Tag der weltwirtschaftlichen Aussprache einmal kommen werde.

Briands Abdrücken.

Die deutsche „Kriegsgefahr“ in Washington. Dem großen, einheitlich verfolgten Ziele der Franzo-sen, die ganze Welt systematisch davon zu überzeugen, daß Deutschland immer noch ein höchst gefährlicher, kriegs-wütiger Nachbar sei, hat nun auch die Washingtoner Kon-